

Haushaltsrede 2014 vom 26. Februar 2014

des Bürgermeisterkandidaten Wolfgang Bauer

Sehr geehrter Herr 1. Bürgermeister Schmid,
sehr geehrte Frau 2. Bürgermeisterin Bittner,
sehr geehrter Herr 3. Bürgermeister Krätz,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, der
Gemeindewerke und der Bayerischen Zugspitzbahn,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beraten heute über den Haushalt 2014. Die Haushaltssatzung bietet Gelegenheit, die wirtschaftliche und soziale Situation unseres Ortes zu bewerten. Ein Blick zurück und der Blick über den Tellerrand sind notwendig, um die Zukunftsperspektiven Garmisch-Partenkirchens realistisch einzuschätzen.

Garmisch-Partenkirchen steht heute in vielen Bereichen sehr viel schlechter da, als vor sechs Jahren.

Einige meiner Kollegen werden im Anschluss den Versuch unternehmen die Lage rosig zu zeichnen, indem die wenigen Rosinen aus dem Kuchen gepickt werden. Realitätsverweigerung aber hilft unserer Gemeinde nicht weiter.

Der voraussichtliche **Schuldenstand** des gemeindlichen Haushalts zum Jahresende 2014 mit rd. 30 Mio. € entspricht dem des Jahres 2006. Mit rund 1.150 € je Einwohner liegt die Pro-Kopf-Verschuldung weit über dem Durchschnitt der Verschuldung vergleichbarer Bayerischer Gemeinden (677 € ohne Eigenbetrieb).

Das **gemeindliche Vermögen** schmilzt wie Butter in der Sonne. Auch im Haushaltsjahr 2014 sind Vermögensverkäufe in Höhe von über 4 Mio. € vorgesehen. Ein Großteil dieses Betrages dient der Finanzierung von laufenden Ausgaben – also dem Stopfen von Haushaltslöchern. In Höhe von insgesamt rund **40 Millionen Euro** wurden in vergangenen zehn Jahren Immobilien veräußert. Gerne wurden auch die damit finanzierten laufenden Haushaltsausgaben den Bürgern Garmisch-Partenkirchens als „Investitionen in die Zukunft“ dargestellt. Nachhaltig bleibt aber nur der Vermögensverlust.

Die auslaufende Wahlperiode hat noch weitere Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger unseres Ortes gebracht. Die **Grundsteuer** erreichte schwindlige Höhen. Nachdem diese, jeden Mieter und Eigennutzer einer Immobilie gleichermaßen belastende Steuer, in den Jahren 2009 und 2010 um insgesamt 25% erhöht wurde, wurde sie medienwirksam in 2012 um rund 4,5% gesenkt. Fünf Schritte nach oben – einer wieder runter. Wegen der hohen Bemessungsgrundlage (hohe Einheitswerte) zahlen unsere Bürger die höchste Grundsteuer im gesamten Landkreis.

Ein **stabiler Haushalt**, in dem die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben, planmäßigen Tilgungen und ausreichende Mittel für gemeindliche Investitionen in Infrastruktur und Bildungseinrichtungen decken, **ist in keinem Jahr dieser Wahlperiode erreicht worden**. Auch in 2014 wird dieses **einfache Prinzip einer stabilen Haushaltsführung klar verfehlt**.

Die **Gewerbsteuer** einschließlich Umsatzsteueranteil erreicht mit 10,7 Mio. Euro ein ordentliches Niveau. Sieht man von den durch einen Sondereffekt verzerrten Jahren 2009 und 2012 ab, verzeichnen wir im Vergleich zu den Jahren 2008 bis 2011 eine Steigerung von durchschnittlich gut 1 Mio. € pro Jahr.

Die Ursachen liegen auch – jeder kann dies mit eigenen Augen im Ort verfolgen - in einer regen Bauwirtschaft. Die „Flucht in Betongold“ führte in vielen schönen Regionen Bayerns zu einer Belebung – auch in Garmisch-Partenkirchen. Ein Trend, der in einem engen Talkessel und bei tendenziell abnehmender Bevölkerungsentwicklung nicht langfristig anhalten kann.

Die Entwicklung der Gewerbsteuer darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die **wirtschaftliche Situation unserer Bürgerinnen und Bürger** – und mit ihr die **Steuerkraft des Marktes** – deutlich verschlechtert hat. Sie wird 2014 mit voraussichtlich 694 Euro je Einwohner auf das Niveau von 2001 zurückfallen. Bei einer rein nominalen Betrachtung darf es nicht bleiben. Denn in diesen Jahren müssen die Menschen wie auch die Gemeinde aufgrund der Inflation einen realen Kaufkraftverlust von rund 20% schultern. Diese Zahl zeigt weitaus besser als der Verweis auf die Gewerbsteuer, die wahre Situation unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die **Entwicklung der Übernachtungszahlen** zeigt 2013 eine Steigerung auf gut 1,3 Mio. Jahrelang bewegten sich die Übernachtungszahlen im Bereich von ca. 1,2 Mio. Das Plus von gut 10% von 2004 auf 2013 kann man nur bewerten, wenn man es mit der Entwicklung der Übernachtungszahlen in Oberbayern vergleicht. Und dieser Vergleich offenbart, dass wir zehn Jahre weit hinter dem Durchschnitt oberbayerischer Urlaubsregionen herhinken. Mehr als 30% Übernachtungsplus verzeichnen diese in den Jahren 2004 bis 2013.

Ihr verfolgtes Ziel, Herr Schmid, verloren gegangene Stärke wieder aufzuholen – also überdurchschnittlich zu wachsen – haben Sie klar verfehlt.

Die Touristische Langfriststrategie muss grundlegend überdacht werden.

Wesentliche Defizite hat die CSU schon oft angesprochen:

Die Tourismuswerbung in der Abhängigkeit des Rathauses müsste schon seit Jahren beendet sein. Das sogenannte „**Amt 80**“ steht für den ständigen Einfluss der Ortspolitik in wichtige Belange der örtlichen Tourismuswirtschaft. **Transparente Haushaltsführung und Entpolitisierung** durch die Privatisierung der Tourismusabteilung wären wichtige Schritte gewesen. Der Bürgermeister hat dies stets blockiert.

Die **orts- und talschaftsübergreifende Zusammenarbeit in der Tourismuswerbung** mit unseren Nachbargemeinden – von uns bereits vor Jahren gefordert – ist bis heute nicht angepackt. Im Gegenteil. Die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen hat mit dem Austritt aus der Kreisentwicklungsgesellschaft und der Art und Weise wie dieser Schritt gemacht wurde, 21 potentiellen Partnern im Landkreis signalisiert, dass man sich von der Region abwendet. Das hat Garmisch-Partenkirchen viel Vertrauen gekostet. Das hat unserem Ort geschadet. Dafür trägt Bürgermeister Schmid die Verantwortung.

Auch die jüngste Zusammenarbeit mit der Tiroler Zugspitzarena kann nicht davon ablenken, dass man mit den Hausaufgaben, die vor der eigenen Haustür liegen, kolossal gescheitert ist. Eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Bayerischen Teil der Zugspitzregion ist ein Muss und der „erste Schritt“. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der – im wesentlichen privatwirtschaftlich geführten – Tourismusverbands Tiroler Zugspitzarena ist dann in einem „zweiten Schritt“ sinnvoll. Die CSU hat auch das schon vor Jahren gefordert.

Die Marktgemeinde hat in der auslaufenden Wahlperiode eine wahre **Flut an Bürgerentscheiden** und – man darf das so sagen – genötigten Bürgerbefragung erlebt. Sechs mal stimmten die Bürgerinnen und Bürger über gemeindliche Fragen ab. Der Erhalt der Krankenhausschule – gar zweimal, das Kongresshaus, die Olympiabewerbungen, die Hindenburgstraße. Sage und Schreibe fünfmal haben die Bürgerinnen und Bürger – IN DER SACHE – mehrheitlich die Meinung der Rathausführung abgelehnt.

Die Bürger haben das **Vertrauen in die Politik** dieses Rathauses vielfach verloren.

Und zu diesem **Vertrauensverlust** haben jüngste Entscheidungen „hinter den Kulissen“ weiter beigetragen – diesen Vertrauensverlust weiter verstärkt.

Sie, Bürgermeister Schmid, haben die **Zukunft der Ortsentwicklung Garmisch-Partenkirchens** in die Abhängigkeit eines einzigen Privatinvestors geführt - ohne Beteiligung der Öffentlichkeit, ohne Einbindung der gewählten Bürgervertreter, ohne Bedarfsplanung, ohne Entwicklungskonzept und ohne Not.

Mit dem Weiterverkauf von rd. 45.000 qm der ehemaligen Aurelis-Flächen an der Olympiastraße und am Gleisdreieck durch die von Ihnen beherrschte Bayerische Zugspitzbahn AG (BZB), konzentrieren sich nun die größten Entwicklungsareale der Marktgemeinde mit insgesamt mehr als 130.000 qm - eine Fläche auf welcher das „GEP“ rund 15 mal Platz finden würde - in einer Hand. Gemeindliche Gremien waren in den „Aurelis-Deal“ weder eingebunden noch darüber informiert.

Die Vertreter der CSU Garmisch-Partenkirchen haben bei Erörterungen und Abstimmungen in den - von Ihnen stets „nicht öffentlich“ gehaltenen - gemeindlichen Ausschusssitzungen fortwährend für Lösungen plädiert, die der Marktgemeinde

Garmisch-Partenkirchen die souveräne Entwicklung der genannten Aurelis-Flächen gesichert hätten. Unsere Lösungsvorschläge haben Sie, die Ausschussmitglieder des CSB und der Freien Wähler regelmäßig blockiert.

Die Sicherung und Schaffung konkurrenzfähiger Rahmenbedingungen für unsere **ansässigen Betriebe** muss höchste Priorität haben. Viele der heimischen Arbeitsplätze hängen von einer verantwortungsbewussten Ortsentwicklung ab. Jetzt hängt die Ortsentwicklung im wesentlichen von den Vorstellungen eines einzelnen Investors ab. Diese Monopolstellung nimmt auch folgenden Generationen dringend benötigte Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftschancen. Das ist der völlig falsche Weg. Und das sehen auch viele Bürger unseres Ortes so.

Statt Ortsentwicklung in die eigene Hand zu nehmen, haben Sie diese bewusst aus der Hand gegeben.

Als 1. Bürgermeister der Marktgemeinde tragen Sie persönlich die Verantwortung für den Verlust der eigenständigen Ortsentwicklung unserer Gemeinde.

Die **Zukunft des Kongresshauses** ist fraglicher denn je. Erst plädieren Sie, Herr Bürgermeister, für die „große Lösung“ eines neuen Kongresshauses am Olympia-Eissportzentrum. Von Investoren gebaut. Von der Gemeinde gepachtet. Die Bürger sagen dazu deutlich: Nein. Das Kongresshaus soll bleiben wo es ist. Und es soll weiterhin auch als Bürger- und Kulturhaus dienen. Die Bürger wollen mit großer Mehrheit eine maßvolle Renovierung oder modernisierenden Umbau.

Sie reagieren mit der Beauftragung dreier Büros zur Erstellung von Machbarkeitsstudien. Das Anforderungsprofil für das Kongresshaus wird auch und insb. von Ihrer Verwaltung beschrieben. Es vergeht wertvolle Zeit und es kostet viel Geld – mit welchem Ergebnis? Die Verwaltung der Marktgemeinde „übernimmt das Ruder“, indem ein vierter, eigener Vorschlag den überraschten Gemeindevertretern präsentiert wird. Alles andere zu teuer. Man sehe sonst die „Felle davon schwimmen.“ Und der Haushalt 2014 zeigt im Investitionsprogramm 2015 bis 2017 (Seite 38 des Vorberichts), dass bis auf „Platzhalter“ für Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 400.000€ pro Jahr keine Initiative für die Umsetzung der großen Versprechung einer zeitgemäßen Modernisierung des Hauses vorgesehen ist. Heute stehen wir wieder bei NULL.

Zu den **GBW-Wohnungen**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das Vorkaufsrecht nicht Auszuüben war ein großer Fehler, der nun die betroffenen Garmisch-Partenkirchner mit einer großen Unsicherheit über die Zukunft ihrer Wohnungssituation konfrontiert. Der Bürgermeister steht unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber in der Pflicht, sich ihrer Belangen anzunehmen. Und er kann diese Verpflichtung auch nicht damit wegreden, dass er versucht den „Schwarzen Peter“ nach München – oder besser Europa - abzuschieben. Der Kauf wäre machbar gewesen – wenn man gewollt hätte. Eine tragfähige Finanzierung zur langfristigen Sicherung preisgünstigen und damit sozialverträglichen Wohnraums wäre darstellbar gewesen.

Bürgermeister Schmid lässt am Tag des Ablaufs des Vorkaufsrechts um 18 Uhr über diese Frage in nichtöffentlicher Sitzung mit den bekannten Mehrheiten der Fraktionen

des CSB, der Freien Wähler – und der Bayern Partei - abstimmen. Er hält es nicht einmal für notwendig, mögliche Alternativen zum Nichtkauf im Vorfeld ernsthaft prüfen zu lassen.

Dieses Desinteresse haben die betroffenen Menschen nicht verdient. Das Agieren hinter den Kulissen hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Rathauspolitik ein weiteres mal belastet.

Wir werden in der kommenden Wahlperiode insbesondere den älteren Mietern Unterstützungen im Rahmen der Möglichkeiten unserer Stiftungen anbieten, um damit hoffentlich einzelnen Bürgern den Verbleib in ihrer Wohnung sichern zu können.

Die **Kämmerei** beschreibt die aktuelle Lage des Marktes wie folgt:

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass nach derzeitigem Kenntnisstand die Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit des Marktes bis zum Finanzplanungsjahr 2017 gewährleistet ist. Weitere finanzielle Belastungen des Marktes können jedoch nur eingegangen werden, sofern entsprechende Einsparungen, realisierte Mehreinnahmen oder andere Gegenfinanzierungsvorschläge von den Verantwortlichen und den Fachämtern vorgelegt werden.“

Diese fragile Finanzlage nach 12 Jahren ihres Wirkens, Herr Schmid, kann auf dem Papier zudem nur mit einigen Tricks in der Darstellung der Dauernden Leistungsfähigkeit dargestellt werden. Wiederum finden sich Millionenausgaben lediglich unter den „Nachrichtlichen Ausgaben“, als ob diese Ausgaben nicht von den Steuergeldern unserer Bürger bezahlt werden müssten. Und wiederum enthält der Finanzplan zum Investitionsprogramm reihenweise „Platzhalter“ für längst versprochene Infrastrukturmaßnahmen – besonders auffällig am Umfang der geplanten Sanierungsmaßnahmen für das Kongresshaus: 1,2 Mio. € in den Jahren 2015 bis 2017.

Der Haushalt 2014 lässt nur erahnen, wie hoch heute der Investitionsstau im Bereich der gemeindlichen Straßen, Schulen, öffentlichen Einrichtungen und dem wichtigen Ausbau eines innerörtlichen Radwegenetzes ist.

Seit sechs Jahren suchen Sie für unseren Ort den Weg zur Nummer 1, Herr Schmid. Bis heute haben Sie ihn nicht gefunden.

Blick nach Vorn

Unsere Kinder müssen heute mehr denn je ihr Glück außerhalb unserer Heimat suchen. Wir sind dennoch überzeugt, dass unsere Heimat Zukunft hat, wenn wir die richtigen Weichen stellen.

Was ist sinnvoll und notwendig, um die Zukunftschancen für unsere Kinder entscheidend zu verbessern?

- Sinnvoll und notwendig ist die Unterstützung der leistungsfähigen heimischen Betriebe bei der Suche nach zukunftsfähigen, d.h. bezahlbaren Standorten. Lassen Sie uns gemeinsam die Voraussetzungen für die Entwicklung eines

Handwerkerhofes auf den Aurelis-Flächen schaffen. Nutzen wir dazu die Instrumente der Bauleitplanung. Leider ist dazu heute die Abstimmung mit einem dominanten Privatinvestor notwendig, der derzeit andere Pläne auf dem Areal verfolgt.

- Sinnvoll und notwendig ist die Ansiedlung neuer Betriebe im Landkreis. Es spielt dabei für unsere Bürger keine besondere Rolle, ob der Arbeitsplatz in der Marktgemeinde oder in einem Nachbarort liegt. Wichtig ist für den Bürger, dass er in seiner Heimat bleiben kann. Wirtschaftförderung darf deshalb nicht an der Gemeindegrenze enden. Kooperation mit den Nachbargemeinden ist künftig unverzichtbar.
- Sinnvoll und notwendig ist die längst überfällige Stärkung des Ganzjahrestourismus, denn schon heute begrüßen wir weit mehr Gäste in der schneefreien Zeit. Um auf dem global hart umkämpften Tourismusmarkt bestehen zu können, muss man zudem verstärkt im Marketing die Kräfte regional bündeln.
- Sinnvoll und notwendig ist, das Potential des wachsenden Gesundheitssektors konsequent auszubauen. Bereits heute bietet dieser Wirtschaftsbereich den Bürgern unseres Ortes mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze als die Tourismusbranche.
- Sinnvoll und notwendig ist die Unterstützung von Familien durch Schaffung bezahlbarer Lebensbedingungen. Junge Familien und fähige Arbeitskräfte wandern sonst weiter dahin ab, wo ihnen diese Voraussetzungen geboten werden – und mit ihnen die Betriebe. Die Erhöhung der Grundsteuer in den vergangenen Jahren war mehr als kontraproduktiv.
- Sinnvoll und notwendig ist, konsequent die Kräfte der Region zu bündeln. Landkreis, Gemeinden, Sparkasse und Volksbank haben die Kreisentwicklungsgesellschaft gegründet, um für gemeinsame Ziele und Zusammenarbeit eine Plattform zu nutzen. Der Ausstieg Garmisch-Partenkirchens war ein kolossaler Fehler. Denn gerade Garmisch-Partenkirchen muss endlich konsequent die Chancen der Zusammenarbeit nutzen – im eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Region.

Kurzum: Heimat hat Zukunft, wenn wir die Weichen auf Kooperation und Teamplay in der Region stellen.

Wir bedanken uns bei Frau Kollmansberger und den Mitarbeitern der Kämmerei für die Erstellung des umfangreichen und aussagekräftigen Zahlenwerks. Wir bedanken und bei den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Abschließend erkläre ich für die CSU Fraktion im Gemeinderat der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen, dass wir den Haushalt 2014 aus den oben genannten Gründen ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

gez.
Wolfgang Bauer